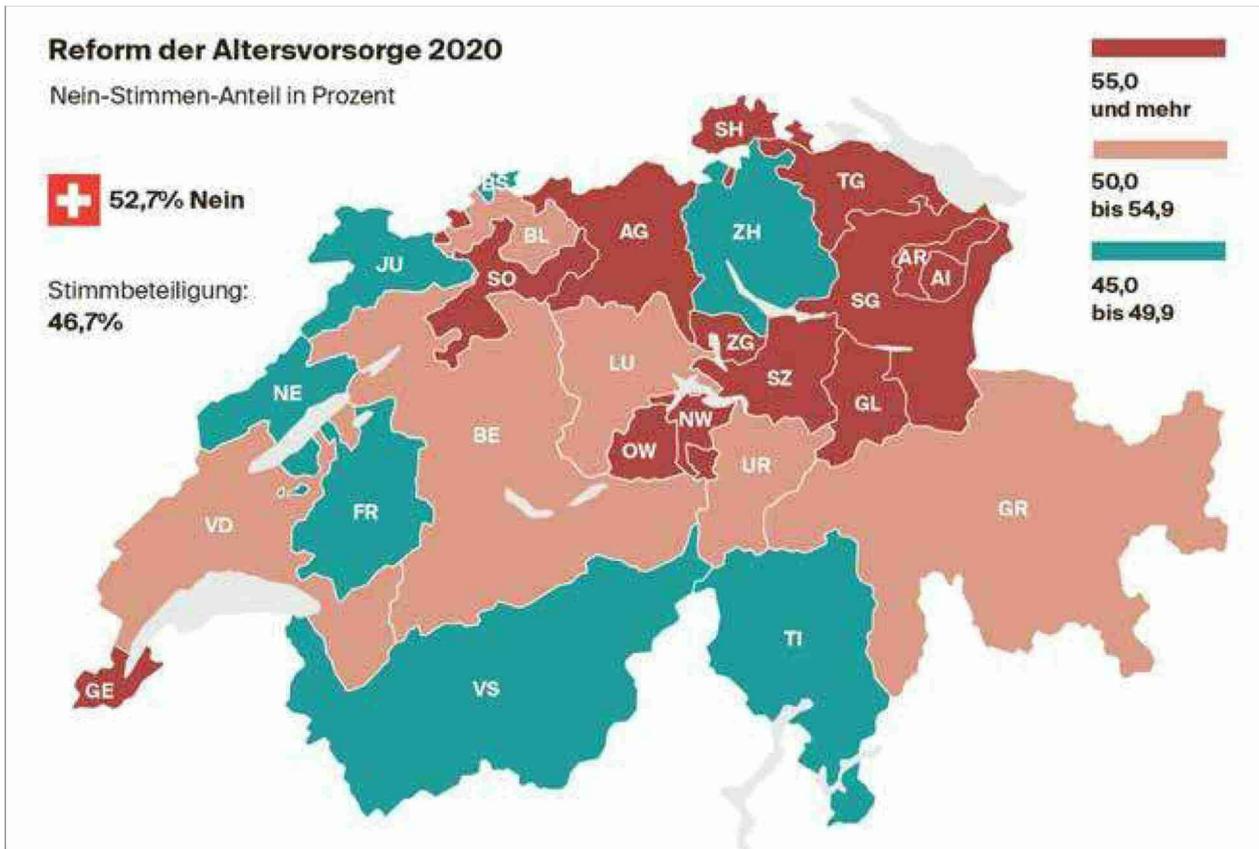




Der schwierige Weg zu einem Plan B



In Schaffhausen sagte keine einzige Gemeinde Ja zur AHV-Reform.

Quelle BFS/Grafik LZ

VON **DOMINIC WIRTH**

Nach dem Nein zur Rentenreform wollen die Sieger rasch eine neue Vorlage. Doch das linke Lager bremst.

BERN Reformen der Schweizer Altersvorsorge sind ein schwieriges Unterfangen. Das zeigte sich auch gestern wieder: Die Rentenreform wurde abgelehnt, und zwar deutlicher, als das im Vorfeld zu erwarten gewesen war. 52,7 Prozent der Stimmbürger sagten Nein zur Reform der Altersvorsorge. Auch die damit verknüpfte Erhöhung

der Mehrwertsteuer wurde vom Volk verworfen, wenn auch denkbar knapp. Ein Ja bei beiden Abstimmungen, wie das die Befürworter der Rentenreform gebraucht hätten, gab es in nur gerade acht Kantonen. In den meisten resultierte ein doppeltes Nein für die Vorlage, die im Parlament von der CVP und der SP geprägt worden war.

Damit bleibt in der Schweizer Altersvorsorge vorderhand alles so, wie es ist. Das Frauenrentenalter steigt nicht an, der Mindestumwandlungssatz in der obligatorischen Vorsorge bleibt bei 6,8 Prozent, und die AHV-Renten werden nicht erhöht. Nach

dem Nein zur Senkung des Mindestumwandlungssatzes im Jahr 2010 und dem Nein zur 11. AHV-Revision im Jahr 2004 ist auch das jüngste Reformvorhaben gescheitert. Weil aber zumindest in einem Punkt – nämlich dem, dass der Reformbedarf angesichts der demografischen Entwicklung gross ist – Einigkeit besteht, setzte gestern rasch der Kampf um die Deutungshoheit des Abstimmungsergebnisses ein. Und natürlich kamen die verschiedenen Parteien zu ganz unterschiedlichen Erkenntnissen darüber, was dieses Nein des Volks nun zu



bedeuten hat für eine Neuauflage der Reform.

«Ein destruktives Resultat»

Für das Nein-Lager steht fest, dass das Volk nichts wissen will von einer Erhöhung der AHV-Renten. «Der Rentenausbaubau ist nach diesem Ergebnis vom Tisch», sagt etwa Valentin Vogt, der Präsident des Arbeitgeberverbands, der sich gegen die Vorlage gestellt hatte. Für Karin Keller-Sutter, St. Galler FDP-Ständerätin und dezidierte Verfechterin eines Neins, ist klar: «Das Volk sieht den Reformbedarf, aber es will eine nachhaltige Vorlage.»

Ganz anders interpretiert man das Nein naturgemäss aufseiten der Befürworter. Die SP etwa warnt davor, im Resultat einen «Freipass zum Sozialabbau» zu sehen. Gewerkschaftspräsident Paul Rechsteiner, der die Vorlage entscheidend mitgeprägt hatte und eine bittere Niederlage einstecken musste, sprach von einem «destruktiven Resultat». In den Augen des St. Galler SP-Ständerats haben verschiedene Gründe zum Nein geführt. Frauen hätten Nein zur Erhöhung ihres Rentenalters gesagt, Rentner lehnten die Vorlage ab, weil sie die 70 Franken nicht erhielten. «Die Gegner haben die Generationen gegeneinander aufgehetzt. Diese Argumente werden ihnen auf die Füsse fallen», sagte er.

AHV-Fonds leert sich bis 2031

Gerade in der ersten Säule wird die Situation rasch ungemütlich. Das Um-

lageergebnis – also das Verhältnis zwischen Ausgaben und Einnahmen der AHV – ist bereits seit 2014 negativ. In den kommenden Jahren wird sich dieser Trend laut Berechnungen des Bundesamts für Sozialversicherungen noch verschärfen. Im Jahr 2025 beträgt das Defizit bereits 3,7 Milliarden, und 2031 ist der AHV-Fonds leer, wenn keine neue Reform zustande kommt. Nach ihrer gestrigen Niederlage spielten die Befürworter den Ball ins Feld des Nein-Lagers. «Die Abstimmungsgewinner sind nun in der Pflicht, mehrheitsfähige Lösungen vorzuschlagen», sagte etwa der Luzerner CVP-Ständerat Konrad Graber.

Dort hat man bereits genaue Vorstellungen davon, wie es nun weitergehen soll. Für Valentin Vogt etwa ist klar, dass der grosse Reformansatz nach dem gestrigen Nein gescheitert ist. «Wir müssen aus diesem VolksNein und auch aus der tiefen Stimmbeteiligung die Lehren ziehen», sagt der Arbeitgeberpräsident. Er setzt darauf, die Säulen nun einzeln und nacheinander zu reformieren, angefangen mit der AHV. Das Frauenrentenalter soll auf 65 Jahre angehoben werden, zudem soll die Mehrwertsteuer zugunsten der ersten Säule moderat erhöht werden. In einem zweiten Schritt rücken dann die zweite Säule und der Mindestumwandlungssatz ins Zentrum. Und schliesslich, so Vogt, müsse man sich auch mit dem Thema Rentenalter auseinandersetzen, es «entmystifizieren».

Der Gewerbeverband, der die Vorlage ebenfalls bekämpft, setzte sich ges-

tern unter anderem für eine Neuauflage eines Automatismus ein, mit dem bei prekären AHV-Finzen das Rentenalter steigen würde. Es brauche «zwingend eine AHV-Schuldenbremse als Interventionsmechanismus», schrieb er in einem Communiqué. Auch SVP-Präsident Albert Rösti sprach sich bei SRF dafür aus, diese «heisse Kartoffel anzufassen».

Schnelle Neuauflage nicht in Sicht

Gegen die geeinte Linke – Gewerkschaften und SP – ist die Altersvorsorge indes kaum zu reformieren. Das haben vergangene Abstimmungen gezeigt. Zudem schaltet ein Teil der Linken auf Fundamentalopposition: In der Westschweiz und Zürich etwa ist eine Volksinitiative zur Abschaffung der Pensionskassen und dem Ausbau der AHV geplant. Die Bürgerlichen wollen indes mit verschiedenen Ideen für einen Plan B zumindest die gemässigte Linke wieder ins Boot holen. Die meisten Ansätze waren bereits bei den Beratungen der aktuellen Reform diskutiert worden, aber am Widerstand von Mitte-links gescheitert. Keller-Sutter etwa schlägt Massnahmen in der AHV für Frauen mit tiefen Einkommen vor, und Arbeitgeberpräsident Vogt zeigt sich bereit zu einer Erhöhung der tiefsten Renten. Das linke Lager drückte angesichts solcher Annäherungsversuche gestern aber auf das Bremspedal, und es zeichnet sich ab: Eine schnelle Neuauflage der Rentenreform ist nicht in Sicht.



Eidgenössische Abstimmungen Resultate in den Kantonen

	Ernährungssicherheit		Höhere MwSt. für die AHV		Reform Altersvorsorge 2020		Stimmeteiligung %
	JA	NEIN	JA	NEIN	JA	NEIN	
Zürich	334 232	98 295	241 947	203 197	226 154	217 923	48,9
Bern	247 043	78 069	174 904	155 387	164 895	164 866	44,9
Luzern	103 555	32 919	70 305	68 922	66 583	72 408	51,0
Uri	8 222	2 762	5 204	6 066	5 091	6 173	43,1
Schwyz	35 352	15 790	19 631	32 313	18 542	33 358	50,1
Obwalden	9 800	3 328	5 694	7 660	5 555	7 773	51,3
Nidwalden	11 516	3 719	6 256	9 300	6 070	9 479	50,8
Glarus	7 393	3 282	4 197	6 661	4 014	6 830	41,5
Zug	29 309	10 395	18 144	22 171	17 120	23 364	53,3
Freiburg	75 892	13 182	50 243	39 338	48 435	41 066	45,2
Solothurn	59 774	21 586	37 211	46 344	35 390	47 945	46,8
Basel-Stadt	42 894	12 549	32 100	24 582	31 118	25 469	50,3
Baselland	67 397	19 886	43 403	46 156	41 006	48 377	48,4
Schaffhausen	22 463	8 575	15 224	17 408	14 246	18 147	66,5
Appenzell AR	13 455	5 654	8 187	11 227	7 676	11 742	50,2
Appenzell AI	3 629	1 239	1 839	3 089	1 813	3 124	42,8
St. Gallen	106 693	41 238	65 527	85 071	61 388	89 021	47,1
Graubünden	43 394	14 836	28 394	31 662	27 488	32 573	43,9
Aargau	148 172	50 676	93 087	110 312	87 372	115 734	48,6
Thurgau	53 905	21 569	32 910	44 006	30 761	46 000	45,8
Tessin	83 989	11 804	53 641	43 601	52 231	44 677	43,0
Waadt	182 877	15 832	102 649	94 506	96 586	100 071	45,6
Wallis	85 326	15 887	52 974	48 996	51 450	50 576	47,4
Neuenburg	44 332	6 009	28 341	22 516	26 240	24 389	46,1
Genf	102 162	13 494	49 775	67 139	46 208	70 137	45,9
Jura	20 155	2 300	12 888	9 402	12 647	9 608	43,3
Total	1942 931	524 875	1254 675	1257 032	1186 079	1320 830	46,7
Total %	78,7	21,3	50,0	50,0	47,3	52,7	
Befürw. Stände	20 6/2		9 1/2				
Verwerf. Stände					11 5/2		

Das knappste Resultat aller Zeiten

BERN Auch wenn es für den Abstimmungsausgang schliesslich unerheblich war: Das Nein zur Verfassungsänderung für die Erhöhung der Mehrwertsteuer dürfte immerhin als knappstes Resultat aller Zeiten in die Geschichte eingehen. Nur gerade 0,1 Prozent oder 2357 Stimmen Differenz

gaben gestern nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis den Ausschlag für das Nein.

Ähnlich knapp war im Juni 2015 die Abstimmung über das Radio- und Fernsehgesetz ausgegangen: Die Vorlage wurde mit 50,1 Prozent Ja angenommen – 3649 Stimmen machten den Unterschied. Nur um Haaresbreite scheiterte 2002 die SVP-Asyl-Initiative: 50,1 Prozent sagten Nein, 4208 Stimmen trennten Gegner und Befürworter.

Hauchdünn schaffte hingegen 2009 der biometrische Pass die Abstimmungshürde – mit 50,1 Prozent Ja und einem Vorsprung von 5681 Stimmen. Auf Messers Schneide stand in jüngerer Zeit auch der Ausgang der Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative. 50,3 Prozent betrug schliesslich die Zustimmung, 19302 der Überhang der Ja-Stimmen. Mit 50,6 Prozent. (sda)



Niederlage

Eine Ohrfeige für die CVP – Pfister in der Defensive

VON MICHEL BURTSCHER

BERN Der gestrige Abstimmungssonntag war kein guter Tag für CVP-Präsident Gerhard Pfister. Seine Partei, die das Rentenreformpaket zusammen mit der SP geschnürt hatte, musste eine bittere Niederlage einstecken. Er sei aufgrund der Umfrageergebnisse zwar nicht überrascht gewesen über das Ergebnis, trotzdem aber enttäuscht, sagt Pfister. Mit ihrem Vorgehen ging die CVP von Anfang an auf Konfrontationskurs mit den zwei anderen grossen bürgerlichen Parteien, der FDP und SVP. Harte Töne schlug die CVP auch gestern nach der Niederlage an: «Die unheilige Allianz von Deutschschweizer Wirtschaftsverbänden und den extremen Linken haben zusammen mit den Rechtsbürgerlichen den Rentenkompromiss verhindert», schrieb die Partei.

Bei der FDP und der SVP wiederum fühlt man sich bestätigt. Dass sich die CVP in ein Boot mit der Linken setzte, hatte bei ihnen schon im Parlament für Missmut gesorgt – Missmut, der bis heute nicht verfliegen ist: «Ich finde es

noch immer unverständlich, dass die CVP mit der SP einen Deal gemacht hat», sagt der Basler SVP-Nationalrat Sebastian Frehner. Die Christdemokraten hätten stur an der AHV-Erhöhung um 70 Franken festgehalten und kein



«Die CVP hat sich noch nie so stark engagiert wie für diese Vorlage.»

Gerhard Pfister
CVP-Präsident

Entgegenkommen gezeigt. «Mit bürgerlicher Politik hat das nicht viel zu tun», sagt Frehner. Das Vorgehen mag zumindest teilweise auch Kalkül gewesen sein, will Pfister seine Partei doch stärker von der FDP abgrenzen.

Pfister weist Vorwürfe zurück
Der CVP-Präsident wehrt sich

gegen die Kritik seiner bürgerlichen Kollegen: «Eine Reform der Altersvorsorge hat keine Chance ohne sozialen Ausgleich», gibt er sich überzeugt. Auch die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten verteidigt Pfister, der bis zu seiner Wahl zum CVP-Präsidenten im Jahr 2016 als stramm rechtsbürgerlicher Politiker galt: «Wir arbeiten mit allen Parteien zusammen, wenn wir so unsere bürgerlich-soziale Politik weiterbringen können», sagt der Zuger. Er fügt an: «Hätten wir nachgegeben, wäre uns von gewissen Kreisen wieder vorgeworfen worden, wir seien eine Wischiwaschi-Partei.»

Pfister ist auch heute noch überzeugt davon, dass die Vorlage ein «guter Kompromiss» gewesen sei. Das zeige sich unter anderem daran, dass im Parlament auch einzelne bürgerliche Politiker aus der Westschweiz Ja gesagt hätten zur Rentenreform. Warum diese beim Volk trotzdem keine Chance hatte, darauf will er noch keine abschliessende Antwort geben. Die einen hätten sich wahrscheinlich an der Erhöhung des Frauenrentenalters gestört, die anderen am Zustupf von 70 Franken. Auch die Kritik, seine Partei sei zu wenig präsent gewesen während des Abstimmungskampfes, weist er zurück: «Die CVP hat sich noch nie so stark engagiert wie für diese Vorlage», sagt Pfister.

Altersvorsorge 2020

Bittere Niederlage für Alain Berset

Alles Engagement nützte am Ende nichts. Dennoch: Es sei eine gute Sache gewesen, sich so stark zu engagieren, sagte Bundesrat Alain Berset nach seiner gestrigen Niederlage. Vor den Medien machte er gute Miene zum bösen Spiel.

VON TOBIAS GAFAFER

BERN Sozialminister Alain Berset ging im Abstimmungskampf über die Rentenreform weit. So weit, wie schon

lange kein Bundesrat mehr gegangen ist. Noch am Samstag rief er im Internet eindringlich zur Annahme der Vorlage auf. 17 Auftritte absolvierte er in den letzten Wochen und tourte durch

die Säli von Chur, Sarnen, Lugano und Solothurn bis Genf, um sein wichtigstes Projekt zu verteidigen. In der heissen Phase sekundierte ihn Bundespräsidentin Doris Leuthard (CVP). Sie prä-



dierte in Interviews für ein Ja und schaltete im Internet eigens eine Abstimmungsbotschaft auf. Berset stilisierte die Vorlage unterdessen zu einem Test für unsere Demokratie.

Umso bitterer ist für den SP-Magistraten die gestrige Niederlage. Mit rund 53 Prozent Nein versenkte das Stimmvolk die Vorlage überraschend

Die Niederlage nimmt er nicht persönlich. Es sei um eine Vorlage des Bundesrats und des Parlaments gegangen, er bleibe motiviert.

deutlich, nur acht Kantone nahmen das Reformpaket an. Mit ernster Miene schritt Berset über den Bundesplatz, um sich vor den Medien zur Schlappe zu äussern. Er tat dies gefasst und staatsmännisch. Staatsmännischer als Finanzminister Ueli Maurer, der unmittelbar nach dem Nein zur Unternehmenssteuerreform seine Enttäuschung nicht verbergen konnte und sich im Radio mit Kraftausdrücken äusserte. Das Resultat sei ohne Vorbehalte zu akzeptieren, sagte Berset. Er wolle sich mit allen Beteiligten zusammensetzen und rasch eine neue Vorlage aufgleisen. Die Debatte über die Finanzierung und Anpassung der Altersvorsorge hätte auch bei einem Ja weitergeführt werden müssen. Seit 20 Jahren sei keine Reform der Altersvorsorge mehr gelungen. «Eine mehrheitsfähige Reform ist nicht so einfach», konstatierte Berset.

Zu Fahrplan und Inhalt einer Neu-

auflage wollte er sich noch nicht äussern. Erst müsse das Resultat analysiert werden. Der Freiburger verteidigte seinen umstrittenen Einsatz im Abstimmungskampf. «Es war eine gute Sache, sich so stark zu engagieren.» Das Parlament habe bei seiner Wahl gewusst, dass er mit Leidenschaft politisiere. Die Niederlage nimmt Berset nicht persönlich. Es sei um eine Vorlage des Bundesrats und des Parlaments gegangen, er bleibe «hoch motiviert».

Dass Berset gute Miene zum bösen Spiel machte, täuscht nicht darüber hinweg, dass er in seinem wichtigsten Dossier nach jahrelanger Arbeit gescheitert ist. Er, der sich so viel vorgenommen hatte wie kein Sozialminister vor ihm. Und eine Paketlösung für die erste und zweite Säule durch den Bundesrat sowie das Parlament drückte. Schon im Nationalrat hatte sich abgezeichnet, dass die Vorlage einen schweren Stand haben könnte. Nur weil die Grünliberalen eine Kehrtwende machten, kam diese mit dem knappstmöglichen Resultat durch. Berset, die SP und die CVP unterschätzten den Widerstand der FDP und SVP. Mitte-Links lehnte im Parlament sämtliche Kompromissvorschläge ab und hielt am AHV-Ausbau von monatlich 70 Franken fest. Auch Berset verteidigte diesen stets vehement, obwohl der Bundesrat zuerst selbst auf ein anderes Modell gesetzt hatte. Seine Gegner warfen ihm deshalb vor, er habe es im Parlament versäumt, eine Brücke zu bauen. Gestern schob Berset den Schwarzen Peter jedoch dem Parlament zu. Dieses habe sich für die 70 Franken entschieden.

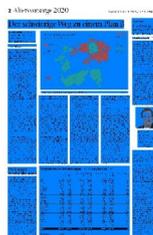
Hoffnungen und Zweifel

Der SP-Bundesrat muss nun zeigen, dass er der Richtige für einen Neustart ist. FDP-Nationalrat Hans-Ulrich Bigler, Direktor des Gewerbeverbandes, will ihn beim Wort nehmen. Es sei

Das alles täuscht nicht darüber hinweg, dass Berset in seinem wichtigsten Dossier nach jahrelanger Arbeit gescheitert ist.

am Sozialminister, eine tragfähige Lösung vorzulegen. «Ich hoffe, dass er staatsmännisch genug ist, um nun über die Bücher zu gehen», sagt Bigler. Andere Politiker haben wenig Hoffnung. Der Nationalrat und frühere SVP-Präsident Toni Brunner sagt, es sei eingetroffen, was er im Vorfeld befürchtet habe. Berset müsste jetzt das machen, was er vor der Abstimmung stets abgelehnt habe. «Ich fürchte, dass wir mit ihm vor zwei verlorenen Jahren stehen», sagt Brunner. Dabei könnte der Bundesrat in diesem Zeitraum eine Neuauflage der unbestrittenen Elementen und kleineren Pakete aufgleisen.

Alain Berset dürfte mindestens bis zur nächsten grösseren Rochade 2019 im Innendepartement verbleiben. Am vergangenen Freitag beschloss der Bundesrat, dass Ignazio Cassis das frei werdende Aussendepartement übernimmt. Auf Toni Brunners Forderung, mit der Departementsverteilung bis zum gestrigen Abstimmungssonntag zuzuwarten, ging er nicht ein.



Schaffhauser Nachrichten
8201 Schaffhausen
052/ 633 31 11
www.shn.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 19'793
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Seite: 2
Fläche: 257'640 mm²

Auftrag: 3007101
Themen-Nr.: 999.222

Referenz: 66800221
Ausschnitt Seite: 6/8



Bundesrat Berset will jetzt rasch eine neue Vorlage aufgleisen.

Bild Key



Mehrwertsteuer

Die Steuersenkung kostet die Schweiz Millionen

VON **FABIAN FELLMANN**

BERN Erstmals seit Einführung der Mehrwertsteuer vor 22 Jahren sinkt der Steuersatz. Volk und Stände haben gestern die Zuteilung von 0,3 Mehrwertsteuerprozenten an die AHV per Anfang des nächsten Jahres abgelehnt. Damit geht der Regelsteuersatz von 8 auf 7,7 Prozent zurück, jener für die Hotellerie von 3,8 auf 3,7 Prozent. Der tiefste Satz von 2,5 Prozent bleibt unverändert. Die Senkung löst für die Wirtschaft Umstellungskosten von 150 bis 200 Millio-

nen Franken aus, wie die Eidgenössische Steuerverwaltung berechnet hat; beim Gewerbeverband ist gar von 300 Millionen Franken die Rede, etwa wegen Anpassungen an Abrechnungssoftware oder Veränderungen an der Preisstruktur.

Tiefere Preise gefordert

Die Präsidentin der Stiftung für Konsumentenschutz wird mit Argusaugen verfolgen, wie die Wirtschaft reagiert. «Wir erwarten, dass die Unternehmen die Senkung der Mehrwertsteuer an die Konsumenten weitergeben», sagt Prisca Birrer-Heimo. Bei Steuererhöhungen habe die Wirtschaft die Preise auch stets nach oben angepasst. Die Schätzungen für die Umstellungskosten zweifelt die Luzerner SP-Nationalrätin an. «Die Kosten für die Umsetzung der Mehrwertsteueränderung sind für die Wirtschaft tragbar», sagt die Konsumenten-

schützerin. «Als die Gastronomie und die Hotellerie einen tieferen Steuersatz verlangten, haben die Unternehmen die Anpassung jedenfalls nie als ein Problem bezeichnet.»

Kommt die Notlösung?

Ende 2017 läuft ein befristeter Beitrag von 0,4 Prozent an die Invalidenversicherung aus. 0,1 Prozent werden dafür neu dem Bahninfrastrukturfonds zugeleitet. Und 0,3 Prozent hätten an die AHV gehen sollen. Der Gewerkschaftsdachverband Travail Suisse verlangte gestern, die 0,3 Mehrwertsteuerprocente müssten nun umgehend der AHV zugeschlagen werden. Das braucht allerdings Zeit, da dafür eine Verfassungsänderung und somit eine Volksabstimmung nötig ist. Ob eine Notlösung aufgegleist werden soll, liess Bundesrat Alain Berset gestern offen.

«Wir brauchen im Jahr 2030 ein neues System»

Die Schaffhauser Parlamentarier haben Ideen, wie eine neue Altersreform aussehen könnte. Wie sehr es damit eilt, darüber herrscht Uneinigkeit.

VON **SIDONIA KÜPFER**

SCHAFFHAUSEN Die Reform der Altersvorsorge ist klar gescheitert – zum grossen Bedauern der Schaffhauser SP-Nationalrätin Martina Munz. Selbstkritisch sagt die Hallauerin: «Es ist uns nicht gelungen, zu zeigen, dass dies eine Vorlage ist, die wir auf sozialer Seite kaum besser hinbekommen werden.» Während auf nationaler Ebene viele Exponenten der Verliererseite finden, die Abstimmungsgewinner stünden nun in der Verantwortung,

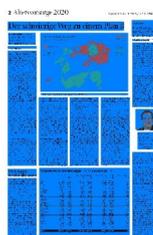
findet Munz, nun gelte es, gemeinsam einen neuen Kompromiss zu suchen. Vielleicht auch die AHV und die zweite Säule getrennt zu reformieren. Für sie ist zentral: «Es darf keine Abbauvorlage werden, das haben verschiedene Abstimmungen gezeigt, dass dies beim Volk chancenlos wäre.» Für Munz zudem wichtig: Es müsse schnell gehen. Der AHV-Fonds dürfe nicht aufgebraucht werden, sonst gefährde man dieses wichtige Sozialsystem.

Gezielt tiefe Renten erhöhen

Ständerat Hannes Germann (SVP) steht zwar auf der Seite der Sieger, viel Grund zur Freude gebe es aber nicht, sagt er: «Auch wenn ich erleichtert bin über dieses Nein.» Nun gelte es, eine neue Reform aufzugleisen, die allen diene: «Wir müssen auf diesen Ausbau mit den 70 Franken verzichten und dafür bei den untersten AHV-Renten an-

setzen, denn das reicht nun wirklich nicht zum Leben.» Von einer moderaten Erhöhung der tiefsten Renten müssten aber alle profitieren, nicht nur die Neurentner. «Dass diese Altersreform eine Zweiklassengesellschaft von Rentnern bilden wollte, war eine der ganz grossen Schwächen», sagt Germann. Dennoch, die AHV gibt bereits mehr Geld aus, als sie einnimmt. Wie schnell kann eine neue Reform aufgegleist werden? «Wir brauchen ab 2030 ein neues System. Wenn wir schon eine Lösung ab 2025 haben, umso besser», sagt Germann. Noch habe die AHV 40 Milliarden Franken Reserven. Damit müsse man zwar vorsichtig umgehen, doch ganz so sehr eile es noch nicht.

Nationalrat Thomas Hurter (SVP) ist froh über das Nein. Natürlich sei es unschön, dass nun die dritte AHV-Reform in Folge abstürze. Doch diese



Vorlage hätte nur zu einem Aufschub des Problems geführt «nach dem Motto «Augen zu und durch», und Hoffen, dass dann doch noch jemand eine gute Idee hat, das ist doch nicht nachhaltig.» Nun brauche es eben eine Reform in kleineren Schritten, aber das sei für die Schweiz nicht ungewöhnlich, und damit sei das Land eigentlich gut gefahren.

Entwicklungshilfegeld für AHV

Auch Ständerat Thomas Minder (parteilos) hat die Altersreform bekämpft. Für ihn gilt es nun, bei der Finanzierung neue Quellen zu erschliessen, auch unorthodoxe, wie er erklärt: «Nun muss die Finanzierung unter dem Motto «Switzerland first» stehen», sagt er. Dazu gehöre für ihn, dass in Bundesbern speziell die Gelder unter die Lupe genommen werden, die ins

Ausland fließen. «Es ist unglaublich, was für Projekte wir zum Beispiel in der Entwicklungshilfe sponsern. Solche Gelder sollten in die AHV fließen», findet Minder. Und er scheut auch nicht vor unpopulären Vorschlägen zurück: «Bern muss bei der Finanzierung kreativ sein, im Gegenzug muss das Volk bereit sein, länger zu arbeiten. Rentenalter 67 bei Mann und Frau ist in meinen Augen zwingend.»

Resultate Keine Schaffhauser Gemeinde sagte Ja zur AHV-Reform

SCHAFFHAUSEN Eine Reform, zwei Abstimmungsvorlagen: Weder der Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV durch die Mehrwertsteuer noch das Bundesgesetz über die Reform der Altersvorsorge 2020 hatten in Schaffhausen eine Chance: Bei einer Stimmbeteiligung von 66,5 Prozent lehnten die Schaffhauser den Bundesbeschluss mit 53,3 Prozent und das Bundesgesetz mit 56 Prozent ab (vgl. Tabelle Seite 20). Dem Bundes-

gesetz stimmte nicht eine einzige Gemeinde im ganzen Kanton zu.

Am knappsten fiel die Entscheidung in der Stadt Schaffhausen aus: Mit einem hauchdünnen Vorsprung von 43 Stimmen sagte die Stadt Nein (7014 Ja- zu 7057 Nein-Stimmen). Auch dem Bundesbeschluss zur Zusatzfinanzierung der AHV stand das Schaffhauser Stimmvolk kritisch gegenüber: Einzig in der Stadt Schaffhausen wurde die Zusatzfinanzierung

über die Mehrwertsteuer mit 7391 zu 6808 Stimmen angenommen.

Ganz anders sah es mit der zweiten eidgenössischen Vorlage zur Ernährungssicherheit aus: Sie wurde von den Schaffhausern mit einer deutlichen Mehrheit von 72,4 Ja- zu 27,6 Prozent Nein-Stimmen angenommen. Die Resultate fielen im ganzen Kanton eindeutig aus, auch die Stadt nahm die Vorlage mit 9778 Ja zu 3540 Nein an. (mvb)